

Dialog „großer Weltanschauungen“

Das Verhältnis der KPÖ zur Katholischen Kirche von 1945 bis 1970

BERNHARD GAISHOFER

In der Zwischenkriegszeit war das Verhältnis der Kommunistischen Partei Österreichs zur Kirche durch Antiklerikalismus bzw. – aufgrund der marginalen Position der Partei – durch Desinteresse an religiösen Fragen geprägt. 1945 kam es zu einem Wandel, der vor allem auf den Versuch der KPÖ zurückzuführen war, eine „Volksfrontpolitik“ durchzusetzen und sich als staatstragende Partei zu präsentieren. Unmittelbar nach der Befreiung Österreichs vom Faschismus zielte die KPÖ darauf ab, mit allen demokratischen und antifaschistischen Kräften zu kooperieren und ein „neues Österreich“ aufzubauen. Die KPÖ war eine treibende Kraft bei der Etablierung eines „Österreichbewusstseins“ und betonte dabei – in Abgrenzung zu den „protestantischen Preußen“ – auch die Bedeutung des Katholizismus. Vom sektiererischen Antiklerikalismus der Vergangenheit begann sich die Partei zu distanzieren.

Von 1945 bis in die späten 1960er Jahre gab es zwischen der KPÖ und der Katholischen Kirche auf mehreren Ebenen einen Dialog und Austausch. Neben den Bemühungen um ein fortschrittliches „Österreichbewusstsein“ stand dahinter die Erkenntnis, dass in einem katholisch geprägten Land wie Österreich grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nur mit Hilfe religiöser Menschen möglich sein würden. Seitens der Kirche war deren Modernisierung, unter anderem durch das Zweite Vatikanische Konzil, und eine damit verbundene Aufwertung engagierter Laien ausschlaggebend.

Antifaschistischer Widerstand

Die KPÖ war die stärkste Kraft des organisierten politischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus in Österreich. Alfred Klahr gelang mit seinem Beitrag „Zur nationalen Frage in Österreich“, der 1937 in der KPÖ-Zeitschrift *Weg und Ziel* erschien, die theoretische Begründung, dass Österreich eine von Deutschland unabhängige Nation sei.¹ Insgesamt verloren über 2000 österreichische KommunistInnen ihr Leben im Widerstandskampf gegen den Faschismus. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Moskauer Deklaration von 1943 von Bedeutung, in der die Alliierten

die Wiedererrichtung eines freien und unabhängigen Österreichs beschloßen, gleichzeitig aber auch von den ÖsterreicherInnen einen „eigenen Beitrag“ zur Befreiung verlangten.

Das Verhältnis der Katholischen Kirche zum Nationalsozialismus war zwiespältig. Die Kirche zeigte zunächst durchaus Sympathien für den Nationalsozialismus, und führende Kleriker unterstützten im März 1938 – in der Hoffnung auf ein gutes Verhältnis zum neuen Regime – den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland. Dafür steht etwa ein mit „Heil Hitler“ unterschriebener Brief des Wiener Erzbischofs Theodor Innitzer.² Dies änderte sich, als sich zeigte, dass auch die Kirche von zahlreichen Verboten und Repressionen (Verbot katholischer Vereine und Publikationen, Schließung von Klöstern usw.) betroffen war. Ein Wendepunkt im Verhältnis der Kirche zum neuen Regime war die „Rosenkranz-Demonstration“ am 7. Oktober 1938 in Wien, bei der sich tausende, vor allem junge KatholikInnen vor dem Stephansdom versammelten und Innitzer eine Rede hielt, in der es unter anderem hieß: „gerade jetzt in dieser Zeit umso fester und standhafter unseren Glauben zu bekennen, uns zu Christus zu bekennen, unserem Führer, unserem König und zu seiner Kirche“. Als Reaktion auf diese antinationalsozialistische Veranstaltung stürmte und verwüstete die Hitler-Jugend das Erzbischöfliche Palais und es kam zu Verhaftungen. Es folgte eine von den Nationalsozialisten organisierte antikirchliche Massenkundgebung auf dem Heldenplatz, bei der u.a. Transparente mit der Aufschrift „Innitzer und Jud – eine Brut“ zu sehen waren.³ Auch wenn es in der Folgezeit seitens der Kirche als Institution keinen aktiven Widerstand gab, waren doch zahlreiche gläubige Einzelpersonen, von Laien, über Priester bis hin zu Ordensleuten gegen den Nationalsozialismus aktiv. Gläubige spielten auch im bürgerlich-konservativen Widerstand eine wichtige Rolle.⁴ Sinnbildlich für einen gemeinsamen, über weltanschauliche Grenzen hinausgehenden Widerstand gegen Faschismus steht das Verhältnis der Kommunistin Anni Haider zur katholischen Ordensfrau Schwester Restituta (Helena Kafka).

Anni Haider engagierte sich in der Ersten Republik als Sozialdemokratin, trat nach den Februarkämpfen des Jahres 1934, an denen sie aktiv teilnahm, der KPÖ bei und beteiligte sich ab 1938 am Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Sie wurde 1941 verhaftet und des Hochverrats angeklagt. Schwester Restituta war eine franziskanische Ordensschwester, die im Krankenhaus Mödling tätig war und dort ihre Abneigung gegenüber dem NS-System zeigte. Sie ersetzte nationalsozialistische Symbole im Krankenhaus durch Kreuze und weigerte sich, zwischen „arischen“ und „nicht-arischen“ PatientInnen zu unterscheiden. Auch vervielfältigte und verbreitete sie ein antinationalsozialistisches und österreichisch-patriotisches Soldatenlied, dessen letzte Strophe lautete: „Was haben die Völker uns getan? Wir nehmen die Waffen nur in die Hand zum Kampf fürs freie Vaterland, gegen das braune Sklavenreich, für ein glückliches Österreich!“⁵ 1942 wurde sie wegen „landesverräterischer Feindbegünstigung und Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet und zum Tode verurteilt.

Anni Haider und Schwester Restituta waren sechs Monate gemeinsam in einer Zelle des Wiener Landesgerichts eingesperrt, wobei zwischen den beiden eine innige Freundschaft entstand. Schwester Restituta wurde 1943 hingerichtet, Anni Haiders Strafe lautete 15 Jahre Zuchthaus – sie überlebte den Nationalsozialismus und war nach dem Krieg in der KPÖ engagiert. In einem Rundfunkvortrag im Jahr 1946 erinnerte sie sich an ihre Zellengenossin und ihre gemeinsamen Gespräche. Die beiden Frauen waren sich darin einig, dass der Frieden, die Rechte der Frauen und das gemeinsame Engagement über weltanschauliche Grenzen hinweg für ein neues Österreich zentral seien. Es käme nicht auf die Parteizugehörigkeit oder den Glauben an, sondern nur auf den Menschen, welcher die Welt auf die eine oder andere Art für alle verbessern möchte. Auszüge aus dem angesprochenen Radiobeitrag geben einen guten Einblick in diesen Austausch: „Einmal war es, dass Restituta zu mir sagte: ‚Aber Haider, ich glaube, du bist doch vielleicht anders als andere Kommunisten!‘ ‚Warum?‘ ‚Weil du mir



Ernst Fischer (1899–1972), 1945 Staatssekretär u.a. für Kultusangelegenheiten

doch nie etwas sagst, wenn ich bete. Wenn ich mit meinem Herrgott spreche.' ‚Liebe Restituta‘, erwiderte ich, ‚hast du jemals ein unrechtes Wort zu mir, der Kommunistin, gesprochen? – Nein! Siehst du in mir nicht immer nur den Menschen, nicht die oder jene Parteiangehörige, die Parteiinteressen vertritt? Achtest du in mir nicht vor allem nur den Menschen, der gleich dir das große Menschenleid lindern helfen möchte und für die Menschheit das Beste will?‘⁶

Kirchliche Entwicklungen nach 1945

In der Ersten Republik ermöglichte die Kirche durch ihr Bündnis mit der Christlichsozialen Partei die Entwicklung zum Austrofaschismus, wobei Theodor Innitzer und der zweimalige Bundeskanzler Ignaz Seipel („Prälat ohne Milde“) führend waren.⁷ Nach 1945 war der Begriff „Äquidistanz“ (also der theoretisch gleiche Abstand zu allen politischen Lagern) prägend für das Verhältnis der Katholischen Kirche zu den Parteien. Beschlossen wurde dies bei einer Bischofskonferenz im Jahr 1945.⁸ Auch die Österreichische Volkspartei (ÖVP) als Nachfolgepartei der Christlichsozialen ging auf eine gewisse Distanz, es gab aber nach wie vor sowohl ideologisch als auch personell (insbesondere durch den katholischen Cartellverband) ein enges Naheverhältnis zur Kirche.⁹

Die unmittelbaren Nachkriegsjahre waren eine Hoch-Zeit des österreichischen Katholizismus mit starken Zügen einer Volkskirche: Bis in die 1950er Jahren hinein waren rund 90 Prozent der Be-

völkerung katholisch, wobei rund 40 Prozent regelmäßige KirchgeherInnen waren. Um 1960 erreichte die Zahl der Teilnehmer in den Priesterseminaren einen Höhepunkt.¹⁰ Auch wenn nach 1945 einzelne KatholikInnen Verbindung zur KPÖ aufnahmen und die Kirche insgesamt versuchte, ein neutraleres Verhältnis zu allen Parteien aufzubauen, blieb die Kirche als Institution stark antikommunistisch geprägt. Eine Zusammenarbeit von Einzelpersonen gab es vor allem in der Friedenspolitik, wobei nichtkommunistische, christliche AktivistInnen sich mit dem Vorwurf des „Kryptokommunismus“ konfrontiert sahen. Dies entsprach der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, wonach der antifaschistische Grundkonsens des Jahres 1945 bald durch einen antikommunistischen Konsens abgelöst und die KPÖ zusehends isoliert wurde.¹¹

Die Kirche lehnte zwar sowohl das Staatskirchentum als auch ein Bündnis mit einzelnen Parteien ab, jedoch wurden KatholikInnen aufgefordert, sich mit ihrer christlichen Überzeugung intensiv in das gesellschaftliche und politische Leben einzubringen.¹² Ein grundlegendes Dokument ist das – sowohl von Klerikern als auch Laien verfasste – „Mariazeller Manifest“ von 1952, das diese Orientierung unter dem Motto „Eine freie Kirche in einer freien Gesellschaft“ vorgab. Hierin wurde erstmals auch die Zusammenarbeit mit nicht-religiösen Menschen begrüßt: „Zusammenarbeit auch mit allen geistigen Strömungen, mit allen Menschen, wer immer sie seien und wo immer sie stehen, die gewillt sind, mit der Kirche für den wahren Humanismus, für ‚Freiheit und Würde des Menschen‘ zu kämpfen.“¹³

Insgesamt war das Verhältnis der großen Parteien zur Katholischen Kirche und umgekehrt grundsätzlich auf Ausgleich orientiert. Eine Öffnung der Kirche hin zur SPÖ brachte der Sozialhirtenbrief der Bischofskonferenz von 1956, in dem Bezug auf die „moderne, industrialisierte Arbeitswelt“ genommen wurde. Zwar wurden der Kapitalismus, der Kommunismus und grundsätzlich materialistisch-sozialistische Weltanschauungen abgelehnt, positiv anerkannt wurde jedoch das Streben des heutigen „gemäßigten Sozialismus“ nach einer sozialen Gesellschaft.¹⁴ Eine offizielle Annäherung zur politisch marginalisierten KPÖ fand hingegen nicht statt. Vielmehr wurden bei offiziellen kirchlichen Aussendungen, die als eine

Annäherung an die SPÖ gesehen werden konnten, gleichzeitig eine scharfe Abgrenzung und Verurteilung des „Kommunismus“ propagiert.¹⁵

Österreichische Identität

Trotz der grundsätzlichen Vagheit der kommunistischen Positionierung zur Katholischen Kirche bzw. zu Religionen allgemein, kam es in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu einer Annäherung der KPÖ an die Kirche. Ein politisches Hauptanliegen der KPÖ bestand nach 1945 darin, ein (neues) Österreichbewusstsein zu etablieren, um sich als Nation deutlich von Deutschland abzugrenzen. Eine in dieser Hinsicht wichtige Person war das Mitglied der KPÖ-Führung Ernst Fischer, der in seinem Text „Der österreichische Volkscharakter“ mit zahlreichen Beispielen versuchte, die Eigenständigkeit Österreichs zu betonen. Hierin unterstrich er auch die große Bedeutung des Katholizismus für Österreich (im Gegensatz zu den „protestantischen Preußen“), wobei er insbesondere einen Schwerpunkt auf die (Bildungs-)Tätigkeit der Jesuiten und die Bedeutung des Barocks legte, der wiederum Einfluss auf die österreichische Volkstümlichkeit hatte.¹⁶

Insofern war der Katholizismus (als de facto Bestandteil der österreichischen Kultur) ein auch für die KPÖ nicht zu vernachlässigender Faktor, ein Österreichbewusstsein zu etablieren. Hinzu kam, dass die Partei in der unmittelbaren Nachkriegszeit den Versuch unternahm, eine „Volksfront“-Politik zu betreiben, die eine Zusammenarbeit aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte zum Ziel hatte, auch mit dem bürgerlich-katholischen Milieu. Dies mag ein Grund dafür gewesen sein, auf allzu revolutionäre Aussagen zu verzichten und sich als verantwortungsbewusste Staatspartei zu positionieren.

Unterstrichen wird dies durch die Tätigkeit Ernst Fischers als Staatssekretär für Volksaufklärung, Unterricht, Erziehung und Kultusangelegenheiten in der Provisorischen Regierung Renner im Jahr 1945. In dieser Position war Fischer auch Gesprächspartner für Kirchenvertreter, und obgleich er konkrete Verhandlungen mit Kardinal Innitzer – aufgrund dessen Verhalten während des „Anschlusses“ an Nazideutschland im Jahr 1938 – ablehnte, so hatte er mit Monsignore Jacob Fried ein freundschaftliches Verhältnis. Während seiner Amtstätigkeit kam es auch zu Verhandlungen hinsichtlich des kirchlichen Ein-

flusses im Bildungsbereich. Die Ergebnisse dieser Gespräche zeigen seine Kompromissbereitschaft: Statt dass, wie von Fischer eigentlich geplant, Eltern ihre Kinder zum Religionsunterricht anmelden mussten, wurde die Möglichkeit einer Abmeldung geschaffen; das tägliche Schulgebet wurde durch einen weltlichen (laut Fischer eigentlich irrelevanten) Schulspruch ersetzt, und es wurde vereinbart, dass von den Nationalsozialisten geschlossene katholische Schulen wieder geöffnet werden können, es jedoch zu keinen Neugründungen kommen solle.¹⁷

In einer Rede über schulische Bildungsinhalte sagte Ernst Fischer, dass neben der „Erziehung zum wahren Österreichertum“ auch gelehrt werden solle, dass „sowohl Marxismus als auch Christentum große Weltanschauungen seien, für welche erhabene Menschen eingetreten sind“.¹⁸ Diese Aussagen entsprachen der damaligen Orientierung der KPÖ und waren auch im Sinne der sowjetischen Besatzungsmacht, die um ein gutes Verhältnis zur religiösen österreichischen Bevölkerung bemüht waren. Diese Annäherungen wurden weitestgehend von der KPÖ betrieben, während die katholische Kirche, etwa in ihren Hirtenbriefen, weiterhin eine starke anti-kommunistische Haltung vertrat.

Viktor Matejka und Nikolaus Hovorka

Prägend für den Dialog, der nach 1945 zwischen KatholikInnen und MarxistInnen stattfand, waren drei österreichische Linkskatholiken: Friedrich Heer, August Maria Knoll und Wilfried Daim. Auf Seiten der KPÖ spielten neben Ernst Fischer zunächst Viktor Matejka und Nikolaus Hovorka eine größere Rolle. Matejka stammte aus kleinbürgerlichen Verhältnissen und war bekennender Katholik. In der Ersten Republik war er als Volksbildner tätig, zur Zeit des Austrofaschismus hatte er die Funktion eines Bildungsreferenten in der Arbeiterkammer inne. In der NS-Zeit war er in Konzentrationslagern inhaftiert. Nach dem Krieg war er für die KPÖ bis 1949 Kulturstadtrat in Wien, wo er durch sein Engagement über alle Parteigrenzen hinweg Anerkennung fand. Er war maßgeblich an der Kulturzeitschrift *Tagebuch* beteiligt und engagierte sich für eine fortschrittliche Kulturpolitik. Matejkas katholischer Hintergrund kommt auch in seinen Beiträgen im *Tagebuch* zum Tragen, in denen er sich nicht nur kritisch mit der Amtskirche auseinandersetzt,

sondern auch Gemeinsamkeiten des Katholizismus und des Sozialismus herauszustreichen versuchte. 1966 verließ Matejka die KPÖ.

Eine beispielhafte Veröffentlichung Matejkas ist die Broschüre „Katholik und Kommunist“, die unmittelbar nach der Befreiung erschien. Hierin beschreibt er, auch am eigenen Beispiel, dass es kein Widerspruch sei, sowohl Kommunist als auch Katholik zu sein und versucht gläubige Menschen zu überzeugen, dass es, so sie es mit ihrem Glauben ernst meinen, eigentlich nur folgerichtig ist, sich für den Sozialismus einzusetzen: „Ich bin der Überzeugung, dass der Christ, wenn er ein wahrer Christ ist und nicht nur augenblickliche, irdische Vorteile im Auge hat, sich aufgrund seines Glaubens für die neue Welt entscheiden muss, die von neuen Menschen in einem neuen Geist aufgebaut wird. [...] Aus innerstem Herzen glaube ich, dass sich der Christ dieser erhabenen Aufgabe zu Verfügung zu stellen hat, dass er aus seinem Christentum hervor, sich für diese Aufgabe entscheiden muss. Darum bin ich selbst Kommunist geworden.“¹⁹

Nikolaus Hovorka wiederum ist ein Beispiel für ein ambivalentes Verhältnis zwischen KPÖ und Katholizismus. Bereits in der Zwischenkriegszeit war der Linkskatholik u.a. als Volksbildner, Redakteur und Herausgeber (etwa der *Berichte zur Kultur- und Zeitgeschichte*) tätig und klar anti-nationalsozialistisch eingestellt. Nach seiner Verhaftung 1938 war er bis 1942 in den Konzentrationslagern Dachau und Mauthausen inhaftiert und wurde danach zur Wehrmacht eingezogen. Obwohl Hovorka zunächst ein Naheverhältnis zur ÖVP hatte, trat er dieser nach dem Krieg nicht bei. Die Gründe hierfür lagen vor allem in der Anbiederung der Partei an ehemalige Nationalsozialisten, verschiedenen Auffassungen hinsichtlich der Wirtschaftspolitik und dem Wunsch, dass Österreich kein Bollwerk gegen den Osten, sondern eine Brücke zwischen Ost und West sein sollte. Aus diesen Gründen und auch aufgrund der Erkenntnis, dass die KPÖ die einzige Partei war, welche sich konsequent gegen den Nationalsozialismus stellte, trat Hovorka 1945, trotz mancher unterschiedlicher Auffassungen, der KPÖ bei. Infolgedessen wurde er geschäftsführender Vizepräsident der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft*. In diese Zeit fällt auch eine seiner wichtigen Reden – „Der Kampf um die geistige Wiedergeburt Österreichs“ – in der er die Rolle



**Viktor Matejka (1901–1993), 1945–1949
Stadtrat für Kultur in Wien**

von KünstlerInnen und Intellektuellen beim Aufstieg des Nationalsozialismus kritisierte und gerade diese Gruppen ansprach, zukünftig nicht nur „Kunst um der Kunst“ oder „Wissenschaft um der Wissenschaft“ Willen zu betreiben, sondern gemeinsam mit dem Volk eine neue Gesellschaft aufzubauen.²⁰

Auch wenn Hovorka in der folgenden Zeit weitestgehend die Positionen der KPÖ vertrat, kam es 1949/50 zum Bruch mit der Partei. Nachdem Papst Pius XII. 1949 ein Dekret veröffentlichte, das allen KatholikInnen mit der Exkommunizierung drohte, wenn sie Mitglied einer kommunistischen Partei waren, verfasste Hovorka darüber im Auftrag der KPÖ einen äußerst kritischen Beitrag, in dem es unter anderem hieß: „Wenn der Katholik überzeugt bleibt, dass die Kirche von Christus gestiftet wurde, kann solchermassen seine Treue und Zugehörigkeit zu ihr, von keiner Autorität der Welt in Frage gestellt werden.“²¹ Es folgte ein öffentlicher Briefwechsel mit Friedrich Funder, dem Chefredakteur der *Furche*, in dem es um das Verhältnis zwischen Christentum und Kommunismus ging.

1950 wurde Hovorka aus der KPÖ ausgeschlossen, was u.a. mit parteischädigenden Kontakten und Veröffentlichungen, aber auch mit finanziellen Ungeheimheiten begründet wurde. Diese Maßnahme hatte ein publizistisches Nachspiel: Zunächst schrieb Hovorka einen öffentlichen Abschiedsbrief an die „werten Genossen“, in dem er seine Zerrissenheit als Katholik in der KPÖ thematisierte. Darin hieß es u.a.: „So bekam die Partei das erste Alarmsignal als ich in



Walter Hollitscher (1911–1986), marxistischer Philosoph

einer öffentlichen Diskussion im Frühjahr dieses Jahres der Aufforderung die Frage ‚ob ein gläubiger Katholik Mitglied der kommunistischen Partei sein könne‘ mit einem einzigen ‚Ja‘ oder einem einzigen ‚Nein‘ zu beantworten, nicht Folge leistete. Und ich hätte als Mitglied der KPÖ mit einem einzigen ‚Ja‘ antworten müssen, das ich damals einfach nicht über meine ausgetrockneten Lippen brachte.“²² In Reaktion darauf veröffentlichten Kurt Dichtl, Erwin Kock und Gustav Jelenko einen offenen Brief, in dem sie Hovorka vorwarfen, opportunistisch zu sein. Er habe aufgrund seines Verhaltens weder das Recht, sich als Kommunist noch als Katholik zu bezeichnen.²³ 1950 wurde Hovorka Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung *Offenes Wort*, ab 1955 war er als Redakteur der *Freiheit*, der Zeitung des ÖAAB, tätig. Seine Mitgliedschaft in der KPÖ bezeichnete er später als „Schandfleck“, und er verfasste zahlreiche dezidiert anti-kommunistische Beiträge.²⁴

Zweites Vatikanisches Konzil

Ab den 1960er Jahren zeigte sich, dass sich auch die Kirche den rasch verändernden gesellschaftlichen Dynamiken anpassen musste. Im Mittelpunkt stand hierbei das von 1962 bis 1965 stattfindende Zweite Vatikanische Konzil, das eine Reihe von Modernisierungen mit sich brachte (u.a. Liturgie in Volkssprache, Bekenntnis zur Religionsfreiheit und Dialog, Aufgabe des Anspruches nach allgemeiner Staatskirche, neues Verhältnis zur „modernen“ Welt). Für

Österreich spielte hierbei Kardinal Franz König, der seit 1956 Erzbischof von Wien war, eine maßgebliche Rolle.²⁵

Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil wurde – trotz aller mit konservativen Kräften geschlossener Kompromisse – von kirchlicher Seite ein Dialog auch mit nicht-religiösen und marxistischen Kräften als sinnvoll betrachtet. Es überrascht daher nicht, dass die Beschlüsse des Konzils auch von der KPÖ wahrgenommen wurden. Der kommunistische Mittelschullehrer Egon Rigler erkannte etwa im Dokument „*Gaudium et spes*“ („Freude und Hoffnung. Über die Kirche in der Welt von heute“) eine erstmals differenziertere Auseinandersetzung der Kirche mit dem Atheismus.²⁶ Das Konzil bilanzierend, sah der kommunistische Journalist Leopold Grünwald die Aufgabe des Menschen darin, „eine bessere politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung zu schaffen“ und den Missbrauch von Privateigentum ebenso zu verurteilen wie den Krieg.²⁷

Ein Effekt des Konzils war der praktische Beginn eines wirklichen Dialogs zwischen Kirche und KPÖ, der vorwiegend von engagierten Einzelpersonen wie etwa Rigler und Grünwald getragen wurde. In der Theoriezeitschrift der KPÖ *Weg und Ziel* wurden zahlreiche Beiträge zu diesem Thema veröffentlicht.²⁸ Auf Tagungen der *Internationalen Paulus-Gesellschaft* nahmen sowohl katholische Amtsträger als auch VertreterInnen von kommunistischen Parteien teil. Seitens der KPÖ war Walter Hollitscher bei den Tagungen in Salzburg (1965), Herrenchiemsee (1966) und Marienbad (1967) präsent und berichtete in mehreren Publikationen von seinen diesbezüglichen Erfahrungen. Für ihn war die Erkenntnis essentiell, dass man in „einer Welt“ lebe²⁹ und diese auch gemeinsam verändern müsse. Trotz aller Auffassungsunterschiede lobte er den respektvollen Austausch und forderte eine „Konfrontation der Ideen bei Kooperation im Handeln“.³⁰

Arbeitskreis für Probleme des Katholizismus beim ZK der KPÖ

Im Zuge der Vorbereitungen zum 19. Parteitag der KPÖ wurde 1965 der Versuch unternommen, die bisher eher vagen Positionen hinsichtlich Religion bzw. Katholizismus konkreter zu bearbeiten. Der neu gewählte Parteivorsitzende Franz Muhri sprach sich auf diesem Parteitag für einen neuen Umgang mit Mitgliedern der ÖVP aus, da diese nicht grundsätzlich reaktionär und

durchaus zu überzeugen seien. Insbesondere die beiden Mitglieder des Zentralkomitees Franz Hager und Walter Hollitscher machten sich für eine intensivere Auseinandersetzung mit der Religion und den Versuch eines Dialogs stark, um sozialistische Positionen innerhalb der Gesellschaft zu stärken. Eine Folge dieses Anliegens war noch 1965 die Gründung des „Arbeitskreises für Probleme des Katholizismus“, der direkt dem Zentralkomitee der KPÖ unterstellt war. Bis 1969/70 wurden vom Arbeitskreis mehrere Beiträge zu unterschiedlichen Themenkomplexen veröffentlicht, die in Zusammenhang mit religiösen Fragen im weitesten Sinne standen.³¹ Auch wenn es sich nur um ein relatives kurzes Zeitfenster handelte, kann die zweite Hälfte der 1960er Jahre als eine intensive Phase des Dialogs und Austausch bezeichnet werden. Im Zuge der Parteikrise der KPÖ, die nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ die innere Entwicklung der Partei prägte, stellte der Arbeitskreis seine Tätigkeit ein.

Die in den Veröffentlichungen des Arbeitskreises enthaltenen Beiträge bearbeiteten ein breites thematisches Spektrum: Neben allgemeinen religionsphilosophischen Fragestellungen, Abhandlungen zu der Situation von Religion in osteuropäischen Ländern und friedenspolitischen Themen sind Kommentare zu kirchlichen Veröffentlichungen im Zuge des Zweiten Vatikanischen Konzils und auch Diskussionen über „linkskatholische“ Standpunkte vertreten. Ein weiterer Schwerpunkt sind allgemeine Erläuterungen des Verhältnisses der KommunistInnen in Österreich zur Religion, darunter auch agitatorische Texte wie etwa eine direkte Ansprache an christlich-soziale GewerkschafterInnen.

Kennzeichnend für die vom Arbeitskreis erarbeiteten Beiträge ist die Erkenntnis, dass es in einem Land wie Österreich mit einem beinahe 90-prozentigen Anteil an KatholikInnen nicht möglich sei, einen radikaleren gesellschaftlichen Wandel ohne deren Unterstützung durchzusetzen. Aufgrund der offiziellen Standpunkte der katholischen Kirche im Land und deren Aussendungen rund um das Zweite Vatikanische Konzil sah man erstmals die Möglichkeit, KatholikInnen auch politisch zu erreichen. Zu diesem Zweck sollte das Verhältnis der KPÖ zur katholischen Kirche dargelegt werden. Festgestellt wurde, dass die weltlichen Ziele (gerechte Gesellschaft, Frieden usw.) grundsätzlich die gleichen seien. Befürchtungen

hinsichtlich religiöser Verfolgung durch kommunistische Staaten sollten abgebaut werden. Abgezielt wurde zunächst auf einen Dialog, in weiterer Folge jedoch auch auf eine aktive Zusammenarbeit mit KatholikInnen für politische Veränderungen.

„Kommunist und Katholik“ lautet der Titel eines Beitrags, der von Jakob Rosner und Leopold Grünwald verfasst wurde und sich mit dem Wandel in der Kirche und daraus folgenden politischen Möglichkeiten auseinandersetzt. Anhand von einzelnen Beispielen wird darin gezeigt, dass es auch innerhalb der Kirche progressive Kräfte gibt. Zitiert wird etwa August M. Knoll, wenn es darum geht, dass Sozialismus oder Klassenkampf nicht grundsätzlich im Widerspruch zum Christentum stehen: Es sei „sittlich und religiös belanglos, ob die Produktionsmittel vorwiegend im Eigentum der Unternehmer oder im Eigentum der Gesellschaft sind“, so Knoll, der forderte, dass „die Kirche aufhören muss als Paravant, d.h. Wandschirm der kapitalistischen Ordnung zu dienen“. Weiters wird auf neue kirchliche Positionen im Bereich des Antikolonialismus, des Friedens und des Antifaschismus hingewiesen, aus welchen sich langsam eine Gesprächsbasis zwischen Marxisten und Christen entwickeln könnte. Besonders für katholische Länder wie Österreich oder Italien (wo dies schon der Fall war), sei eine thematische Zusammenarbeit aller „Menschen guten Willens“ notwendig. Hierzu wurde ein Lenin-Zitat angeführt: „Die Einheitlichkeit dieses wirklich revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für die Schaffung eines Paradieses auf Erden ist für uns wichtiger als die Einheitlichkeit der Meinung der Proletarier über das himmlische Paradies.“ Abschließend wurde betont, dass die KommunistInnen im Zuge des Dialogs nicht religiös werden würden, es jedoch mit gegenseitigem Respekt darum gehe, gemeinsame gesellschaftliche Interessen umzusetzen.³²

Franz Hager erläuterte in einem Beitrag, der auf einem Kongress in Moskau gehalten wurde, die aktuelle Position und Situation der KPÖ und Christen in Österreich. Einführend wies er darauf hin, dass rund 90 Prozent der Menschen in Österreich katholisch seien und es ohne religiösen Menschen zu keiner Veränderung kommen könne. Das religiöse Bewusstsein gläubiger Menschen sei zwiespältig: Einerseits sei es ein Ausdruck gesellschaftlichen Lebens, andererseits auch Protest. Durch neue Ansätze in der Kirche – wie etwa die Enzyklika „Popu-

lorum progressio“ („Über den Fortschritt der Völker“) aus 1967 – würden die Menschen immer aktiver für Protest und Alternativen eintreten. Solche christlich-marxistischen Alternativen könnten beispielsweise in Genossenschaften bestehen. Hernach ging Hager auf die Positionierung der KPÖ ein, die religiöse Gefühle akzeptiere und sich sowohl gegen eine Staatsreligion als auch gegen Staatsatheismus ausspreche. Abschließend plädierte er für einen „schöpferischen Dialog“, welcher zu beidseitigem Verständnis und gemeinsamen Handeln führen solle, wobei sowohl Antiklerikalismus als auch klerikale Intoleranz überwunden werden sollten. Das gemeinsame Ziel sei eine humanistische, also kommunistische Gesellschaft, in welcher das Gottesbild Gläubiger immer menschlicher und letztlich überflüssig werde. Hierzu führte er ein Zitat von Karl Marx an: „Der religiöse Widerschein der Welt kann überhaupt nur dann verschwinden, sobald die Verhältnisse des praktischen Werkeltagebens den Menschen tagtäglich als durchsichtige und vernünftige Beziehung zueinander und zur Natur erscheinen.“³³

Einen (abschließenden) Überblick über den Dialog und die Auseinandersetzung der KPÖ mit der Religion gab Franz Hager in einem Beitrag mit dem Titel „Der XX. Parteitag und der Dialog in marxistischer Sicht“. Darin führt er erste Ergebnisse und Folgen der Auseinandersetzung mit Religion innerhalb der KPÖ an, etwa dass es laut Statut auch religiösen Menschen möglich sei, der Partei beizutreten, und dass der Einsatz für eine kommunistische Gesellschaftsordnung bei gleichzeitiger Beibehaltung eines christlichen Weltbildes kein Widerspruch sei. Auch gestand er ein, dass der Austausch ein langwieriger Prozess sein werde, es jedoch schon auf allen Seiten Fortschritte und den Willen gäbe, diesen intensiver weiterzuführen. So würde etwa das Naturrecht im Katholizismus nicht mehr als Legitimierung für Ungleichheit dienen. Dies und weitere neu entwickelte Standpunkte der katholischen Kirche würden Gläubige für mehr gesellschaftliches Engagement aktivieren. Ziel der Partei müsse es sein, mit diesen Menschen gemeinsam aktiv zu werden und ihrerseits „sektiererischen Antiklerikalismus“ zu überwinden.

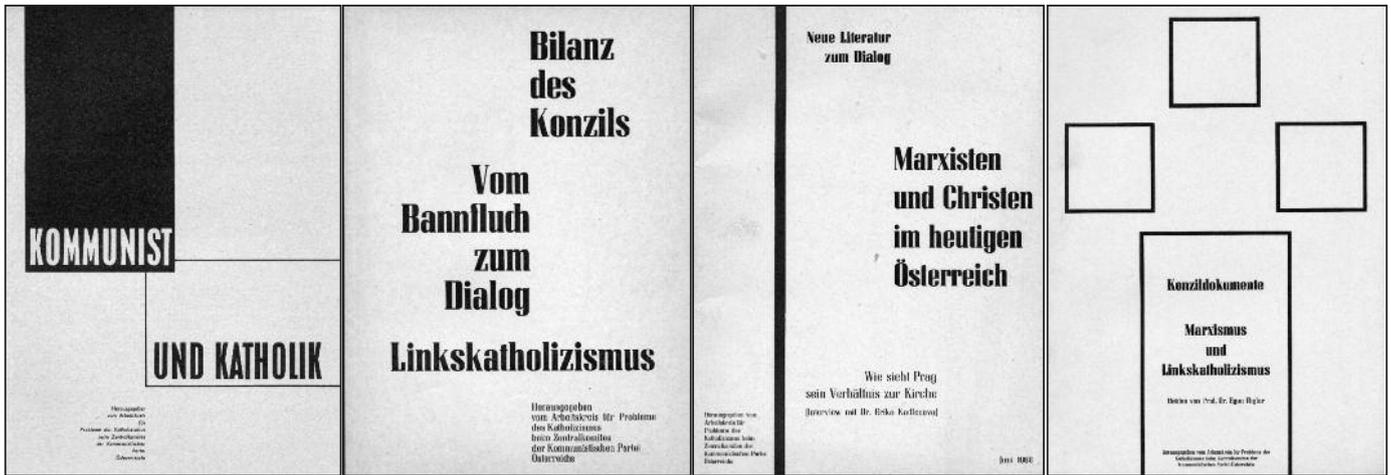
Auf dem 20. Parteitag der KPÖ im Jänner 1969 setzten sich drei Beiträge intensiver mit der Religion auseinander: Franz Muhri stellte fest, dass der Dialog, trotz aller bestehender Gegensätze, zei-



Leopold Grünwald (1901–1992), Redakteur der „Volksstimme“ und Protagonist des marxistisch-christlichen Dialogs

ge, dass es im gesellschaftspolitischen Engagement für Frieden, Humanismus und Befreiungskämpfe Gemeinsamkeiten gibt, auch wenn weite Teile der Partei hinsichtlich Religionspolitik uninformiert wären. Walter Hollitscher betonte, dass ein fruchtbarer Dialog nur durchgeführt werden könne, wenn die Teilnehmer (hier im konkreten die KPÖ) eine ideologisch klare Position vertreten würden. Eine Bezirksgruppe der KPÖ forderte in einem Antrag eine eigene Plenarsitzung des Zentralkomitees zum Thema Religionspolitik, da es in Österreich, und speziell im ländlichen Raum, eine überwiegende katholische Mehrheit gäbe und politische Veränderungen, bis hin zu einem sozialistischen Österreich, nur in Zusammenarbeit mit gläubigen Menschen zu erreichen seien.³⁴

Im Zuge der krisenhaften Entwicklung der KPÖ nach 1968 setzten sich letztlich die orthodoxen Kräfte durch, was zur Folge hatte, dass zahlreiche (zum Teil führende) Parteimitglieder, auch solche, die im „Arbeitskreis für Probleme des Katholizismus“ engagiert waren, entweder ausgeschlossen wurden oder aus der Partei austraten. Damit endete zu Beginn der 1970er Jahre auch die intensivere Auseinandersetzung der KPÖ mit der Religion. Im Rahmen der Friedensbewegung oder antiimperialistischer Befreiungsbewegungen kam es zwar auch in den 1970er und 1980er Jahren zu Kontakten, eine grundsätzliche intensive Auseinandersetzung mit dem Katholizismus in Österreich fand jedoch bis in die 1990er Jahre nicht mehr statt.



Publikationen des „Arbeitskreises für Probleme des Katholizismus beim Zentralkomitee der KPÖ“ 1965–1969

Anmerkungen:

- 1/ Klahr, Alfred: Zur österreichischen Nation, hg. von der KPÖ. Wien: Globus-Verlag 1994, S. 11–60.
- 2/ Vgl. Schulmeister, Otto: Kirche, Ideologien und Parteien, in: Weinzierl, Erika (Hg.): Kirche in Österreich 1918–1965, Bd. 1. Wien: Herold Verlag 1966, S. 230.
- 3/ Vgl. Bauer, Kurt: Die dunklen Jahre. Politik und Alltag im nationalsozialistischen Österreich 1938–1945. Frankfurt/M.: Fischer Verlag 2017, S. 174–179.
- 4/ Vgl. Schönner Johannes, Katholikinnen und Katholiken in Widerstand und Verfolgung, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus. 50 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Jahrbuch 2013. Wien 2013, S. 273–282.
- 5/ Über die Grenzen der Weltanschauungen hinweg, http://www.talktogether.org/index.php?option=com_content&view=article&id=572%3A%26%26catid=90%3A%26Anr=67-0103-2019&Itemid=26 [26.2.2024].
- 6/ Rundfunkvortrag der kommunistischen Parteifunktionärin Anni Haider 1946, <https://restituta.at/rundfunkvortrag-der-kommunistischen-partiefunktionaerin-anni-haider-1946> [26.2.2024].
- 7/ Leitner, Franz: Kirche und Parteien in Österreich nach 1945. Ihr Verhältnis unter dem Gesichtspunkt der Äquidistanzdiskussion. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 1988 (Politik- und kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Bd. 4), S. 82.
- 8/ Ebd., S. 15.
- 9/ Magenschab, Hans: Die zweite Republik zwischen Kirche und Parteien. Wien: Herold Verlag 1968 (Forschungen zur Kirchengeschichte Österreichs, Bd. 7), S. 16.
- 10/ Frankl, Karl Heinz: Die Katholische Kirche von 1945 bis 1995 – Geschichte einer Erschöpfung?, in: Csoklich, Fritz u.a. (Hg.): ReVisionen. Katholische Kirche in der Zweiten Republik. Graz: Styria Verlag 1996, S. 23.
- 11/ Vgl. Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ 1945–1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2020 (Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 14).
- 12/ Leitner: Kirche und Parteien, S. 94.
- 13/ „Mariazeller Manifest“ von 1952, <https://www.bischofskonferenz.at/hirtenbriefe/das-mariazeller-manifest-von-1952> [4.1.2024].
- 14/ Leitner, Kirche und Parteien, S. 128.
- 15/ Frankl: Kirche, S. 22.
- 16/ Vgl. Fischer, Ernst: Die Entstehung des österreichischen Volkscharakters. Wien 1945 (Schriftenreihe „Neues Österreich“, Nr. 2).
- 17/ Vgl. Fischer, Ernst: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955. Wien: Verlag Fritz Molden 1973, S. 131–133.
- 18/ Fischer, Ernst: Das Jahr der Befreiung. Aus Reden und Aufsätzen. Wien: Stern-Verlag 1946, S. 112.
- 19/ Matejka, Viktor: Katholik und Kommunist (Sonderdruck aus dem Heft Nr. 322–323 der Berichte zur Kultur- und Zeitgeschichte). Wien: Stern-Verlag 1945, S. 28.
- 20/ Hovorka, Nikolaus, Der Kampf um die geistige Wiedergeburt Österreichs. Vortrag, gehalten im Wiener Konzerthaus am 26. Jänner 1946, hg. von der Zentralstelle für Volksbildung (KPÖ). Wien: Stern-Verlag 1946 (Vortragsreihe „Probleme der Zeit“, Nr. 3).
- 21/ Vgl. Hovorka, Nikolaus, Die Religion ist in Gefahr! Ein gläubiger Katholik zum Exkommunikationsdekret, in: *Österreichisches Tagebuch*, 4. Jg. (1949), Nr. 9.
- 22/ Vgl. Brief an die KPÖ, in: *Die Furche*, 5.10.1950.
- 23/ Vgl. Weder Kommunist noch Christ. Offener Brief an Nikolaus Hovorka, in: *Tagebuch*, 5. Jg. (1950), Nr. 21.
- 24/ Kathan, Bernhard: „... alles eine Fortsetzung von Dachau und Mauthausen?“ Die Briefe des österreichischen Publizisten Nikolaus Hovorka. Wien: new academic press 2018 (Mauthausen-Studien, Bd. 12), S. 318.
- 25/ Zulehner, Paul M./Polak, Regina (Hg.): Religion – Kirche – Spiritualität in Österreich nach 1945. Befund, Kritik, Perspektive. Innsbruck: Studien Verlag 2006 (Österreich – Zweite Republik, Bd. 13), S. 40.
- 26/ Vgl. Rigler, Egon: Konzildokumente, in: Arbeitskreis für Probleme des Katholizismus beim Zentralkomitee der KPÖ (Hg.): Konzildokumente. Marxismus und Linkskatholizismus. Wien 1969, S. 3–40.
- 27/ Vgl. Grünwald, Leopold: Bilanz des Konzils, in: Arbeitskreis für Probleme des Katholizismus beim Zentralkomitee der KPÖ (Hg.): Bilanz des Konzils. Vom Bannfluch zum Dialog. Linkskatholizismus. Wien 1966, S. 3–10.
- 28/ Vgl. Truger, Walter: Christen und Marxisten, in: *Weg und Ziel*, 19. Jg. (1964), Nr. 11; Marek, Franz: Katholiken und Kommunisten, in: *Weg und Ziel*, 19. Jg. (1964), Nr. 4.
- 29/ Vgl. Hollitscher, Walter: Der Dialog geht weiter, in: *Weg und Ziel*, 21. Jg. (1966), Nr. 6.
- 30/ Vgl. Hollitscher, Walter: Der Salzburger Dialog, in: *Tagebuch*, 20. Jg. (1965), Nr. 6.
- 31/ Schuster, Dirk: Discussions about Atheism and Religion in the Austrian Communist Party (KPÖ) between 1945 and 1990, in: Hödl, Hans Gerald/Mattes, Astrid/Pokorny, Lukas (Hg.): Religion in Austria, Vol. 5. Wien: Praesens Verlag 2020, S. 201–232, hier S. 217.
- 32/ Vgl. Grünwald, Leopold/Rosner, Jakob: Kommunist und Katholik, in: Arbeitskreis für Probleme des Katholizismus beim Zentralkomitee der KPÖ (Hg.): Kommunist und Katholik. Die katholische Soziallehre. Marxismus und Religion. Wien 1969, S. 4–15.
- 33/ Vgl. Hager, Franz: Marxisten und Christen im heutigen Österreich, in: Arbeitskreis für Probleme des Katholizismus beim Zentralkomitee der KPÖ (Hg.): Neue Literatur zum Dialog. Marxisten und Christen im heutigen Österreich. Wie sieht Prag sein Verhältnis zur Kirche. Wien 1968, S. 2–12.
- 34/ Vgl. Hager, Franz: Der XX. Parteitag und der Dialog in marxistischer Sicht, in: Arbeitskreis für Probleme des Katholizismus beim Zentralkomitee der KPÖ (Hg.): Zur Enzyklika „Humanae vitae“. Die Situation des Katholizismus. Der XX. Parteitag und der Dialog in marxistischer Sicht. Wien 1969, S. 51–55.